

Massentötung kein Befehl der EU

Hans-Peter Mayer (CDU) verteidigt die Europäische Union – Rundreise an der Basis

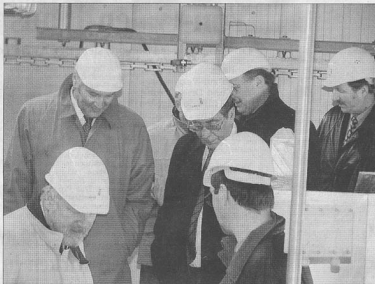
Die Tötung von 400 000 Rindern in Deutschland sei keine Verpflichtung, sondern nur ein Angebot der Europäischen Union (EU). Wer etwas anderes behauptete, sage die Unwahrheit.

Von Michael Loots

Cloppenburg. Der Gang durch den neuen D&S-Schlachthof in Essen ist relativ angenehm. Das liegt daran, dass dort bislang kein Blut fließt. Erst ab Mai werden dort 40 000 Schweine pro Monat ihren finalen Gang antreten. Zwei Millionen Borsentviescher sollen jedes Jahr in Essen ihr Leben lassen. Im April geht es mit Probe-schlachtungen los, um für den Ernstfall gewappnet zu sein.

Professor Hans-Peter Mayer, der CDU-Europaabgeordnete aus Vechta (MdEP), machte sich gestern ein Bild von dem neuen Projekt im Essener Gewerbegebiet. Der Politiker tourt derzeit durch die Region, um sich über die Probleme vor Ort zu informieren und Publicity für Brüssel zu machen, „weil die Wege dorthin ziemlich weit scheinen“. Er wolle versuchen, die Dinge zwischen der Basis und Europa praktikabel zu gestalten, sagte er gestern nach einem Gespräch mit den Spitzen der Cloppenburg-Kreisverwaltung im Kreishaushaus.

Mayer wehrte sich bei der Gelegenheit, dass alle negativen Erscheinungen gleich



Professor Hans-Peter Mayer aus Vechta (hinten links) schaute sich gestern im neuen Schlachthof in Essen um. Ab Mai sollen dort zwei Millionen Tiere pro Jahr getötet werden. Bild: Michael Loots

Brüssel zugeschoben würden. Wenn irgendjemandem etwas nicht passe, dann werde sofort auf Europa gewettet. Dabei werde die Situation oftmals verkannt, sagte Mayer und führte beispielgebend die Schlachtung von 400 000 Rindern im Zusammenhang mit BSE an. Die Deutschen würden keinesfalls von der Europäischen Union gezwungen, die Tiere zu töten. Es handle

sich vielmehr um eine Empfehlung. Es gehe den Deutschen schlichtweg um wirtschaftliche Aspekte. Wenn nun behauptet werde, die Deutschen würden von der EU zur Massentötung der Rinder gezwungen, sei das „gelogen“, betonte der Politiker.

Mayer sagte zudem, er wolle ein offenes Ohr für die Menschen vor Ort und kürzere Wege zwischen Basis und

Brüssel haben. Denn vielfach herrsche in Sachen Europa noch Unwissenheit, sagte der Politiker. Es gebe oft genug die Möglichkeit, für diverse Projekte Zuschüsse zu erhalten. Allerdings würden gar keine Anträge gestellt. Stattdessen, und da schlug Mayer wieder den Bogen, werde schnell mit dem Finger auf Brüssel gezeigt, wenn es irgendwo hake.